

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Angesichts der dramatischen Situationen in den Hochwassergebieten Deutschlands gilt es an erster Stelle einen Dank an die vielen unermüdlichen Helfer auszusprechen. Es sind Gott sei Dank nur materielle Schäden, die bisher eingetreten sind, andernorts sieht es schlimmer aus. Angesichts solcher Probleme kommen uns die Sorgen ums Abwasser klein vor. Wir Bürger und die BI haben Verständnis, sollten anstehende Termine auf bessere Zeiten verschoben werden. Doch nun zu unseren Themen: Wie es am Wochenende der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen war, konnten bereits ca. 3000 Unterschriften gegen den Bau der zusätzlichen Rampenanbindung gesammelt werden. Dazu kommt der heutige Rücklauf, der natürlich noch nicht in die Statistik eingeflossen ist. Um wirklich ganz auf Nummer Sicher zu gehen, bedarf es eines Unterschriftenpuffers von ca. 15 – 20% erforderlicher Unterschriften, für WSF deshalb insgesamt 3500 Unterschriften. Zunächst gilt es, wie es mein Vorredner bereits getan hat, Ihnen allen unser herzlichsten Dank auszusprechen. Ohne die vielen unermüdlichen Helfer wäre das Vorhaben bereits gescheitert. Wir müssen zugeben, dass es innerhalb des BI Vorstandes Stimmen gab, die dieses Scheitern bereits zu Pfingsten befürchteten. Wir werden den heutigen Rücklauf auswerten und natürlich noch die verbleibenden 4 Tage bis Abgabetermin nutzen um diesen Puffer aufzufüllen. Viele von Ihnen, die heute hier auf den Markt stehen, haben sich beteiligt und sie alle konnten sich ein Bild von der Stimmungslage in der WSFer Bürgerschaft machen. Es war so zu sagen auch eine zusätzliche, aber interessante, Meinungsumfrage zur Arbeit der Stadtverwaltung, des Stadtrates und natürlich des Oberbürgermeisters. Um vom Schluss her anzufangen, ein vernichtenderes Urteil, wie über den amtierenden Bürgermeister, hat es wohl zu keiner Zeit in WSF gegeben. Durchweg Bedauern, seine Stimme den „Falschen“ gegeben zu haben, der Hoffnungen geweckt, aber nicht erfüllt hat. Enttäuschung von gebrochenen Versprechen, vom Aufräumen in der Verwaltung bis hin zum Schwimmbad, das statt Klärwerk gebaut werden sollte. Aber auch die Stadträte bekamen ihr Fett weg. Hier in WSF ändert sich nichts, hier wird nach Gutsherrenart Politik gemacht und fast alles im Hinterstübchen ausgekungelt. Eines zeigte sich, was uns aktive Bürger (ob Rentner oder im Beruf stehend) besonders beunruhigen sollte: Das vollkommene Desinteresse der Jugend, das nur aufs „Ich und Heute“ bezogene Denken. Sie wollen oder können nicht über den Tellerrand schauen, obwohl es um ihre Zukunft geht. Auf der anderen Seite gibt es, meist sehr alte Leute mit ihrem pessimistischen Ton, hier in WSF ändert sich sowieso nichts, wir wollen mit all dem und mit der Politik nichts zu tun haben. 40 Jahre DDR haben tiefe Spuren hinterlassen. Solche Leute sind ganz nach dem Geschmack der politisch Verantwortlichen, die niemanden benötigen, der ihnen auf die Finger schaut. Die Auswertung dieses Stimmungsbildes und viele Hinweise auf Missstände (auch aus Verwaltung und Stadtrat) wird sicher noch Gegenstand dieser oder jener Anfrage im Stadtrat sein. Eins ist sicher, dass Bürgerbegehren hat großes Interesse an städtischen Themen geweckt und vielen Mut gemacht sich an Veränderungen zu beteiligen, ein bisschen 9. Nov. 1989 also.

Ein anderer Fall ist die Kommentierung des Bürgerbegehrens durch den OBM Risch im Amtsblatt vom Mai 2013. Gleich der erste Satz, mit ... seit einigen Tagen läuft ein Antrag zum Bürgerbegehren,... ist falsch. Das Bürgerbegehren läuft bereits seit 5 Wochen, genau seit dem 26. 04 2013 und endet am 7. 06. 2013. Zuvor erhielt der OBM eine schriftliche Information und sein Rechtsamt wurde seitens BI über die Zulässigkeit des Begehrens befragt. Nach der langen Zeit des Totschweigens, auch in Abstimmung mit der lokalen Presse, nun plötzlich Kommentare, die dieses Projekt in den hellsten Farben darstellen. Ein mögliches sachliches Gespräch mit dem Aktionsbündnis wurde nicht gesucht, man hätte ja verschwiegene Fakten offen legen müssen. Die vom OBM gemachten Aussagen zu Pkt. 1 bis 3 sind nachweislich falsch oder enthalten aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen. Natürlich hat Tönnies das größte Interesse, statt bisher 15.000 -18.000 Schweine auf bis zu 30.000 bis 35.000 Schweine pro Tag zu erhöhen. Dafür gibt's die Betriebserlaubnis, aber das Umfeld und die Infrastruktur muss stimmen. Zum bisherigen Geschehen, speziell zum Planfeststellungsverfahren, hat Hr. Dr. Riedel hier auf dem Markt bereits einiges gesagt. Öffentlich ausgelegt ja, aber im Vorfeld keine Einspruchs- bzw. Korrekturmöglichkeit. Geheimhaltung auf höchster Stufe, so sieht Demokratie in WSF aus. Die pure Heuchelei auch im Punkt 3, bisher kein Wort von einer Abhängigkeit von einer Förderzusage. Die Wahrheit ist, wie es nicht besser auszudrücken geht, erstmal bauen, dann gibt es schon Geld von irgendwo her (Hr. Rauner). Die 2,5 Mill. € verbauen ist auch unser Wunsch, aber nicht für die Rampen, sondern beispielsweise für das Neustadtquartier, was ja aufgewertet werden soll. Für die vielen Nebenstraßen, die in einem katastrophalen Zustand sind, wird es sicher keinen Widerstand geben. An diesem Kommentar im Amtsblatt wird nur eins ersichtlich: es war und es ist höchste Zeit in WSF etwas zu verändern. Wir haben gemeinsam mit den Rampen angefangen, dies braucht aber nicht die letzte Aktion sein. Solche vor Scheinheiligkeit tiefende Kommentare, solche Rechtfertigungsversuche, brauchen wir nicht. Stattdessen wäre folgende Kommentierung im Sinne der Bürger gewesen: Bei Erfolg des Begehrens empfiehlt die Verwaltung dem Stadtrat die Rücknahme des Baubeschlusses. Nach einem Jahr besteht theoretisch die Möglichkeit zur erneuten Beschlussfassung. Im Jahr der Wahlen 2014/2015 sollten ein neuer Stadtrat und ein neuer OBM darüber befinden, ob das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dies nennen wir anständigen Umgang mit dem Bürger. Damit können sich Parteien und ihre Kandidaten mit dem Thema auseinandersetzen und sich positionieren. Am Ende entscheiden die Wähler, wie es weitergehen soll. So sieht Demokratie aus, was jetzt abläuft ist voraus eilender Gehorsam einem Großkonzern gegenüber. Die BI hat für den 7. 06. 2013 (9.00 – 11.30Uhr) im Fürstenhaus beim Sekretariat des OBM die Übergabe der Unterschriftenlisten vereinbart (mit Rechtsamt) und dazu auch zum Pressegespräch eingeladen. Unser Wunsch ist, die Fragestellung spätestens im Juni oder Juli im Stadtrat entscheiden zu lassen. Bleibt es im Stadtrat bei der einen Stimme Mehrheit pro Rampen, wird es im September zum Bürgerentscheid kommen. Mit Sicherheit wird es das bestimmende Thema im Wahlkampf werden. Wir werden weiter kämpfen und vielleicht auch bei bisherigen Mandatsträgern Änderungen herbeiführen. Es müssen Leute in Positionen (Bundestag), die für die

Bürger da sind und nicht nur Erfüllungsgehilfen von Wirtschaftsbossen sind. Heute wird im Hauptausschuss über die Zuständigkeit des Erlasses von Satzungen der AÖR diskutiert. Bereits die Frage bzw. Tagesordnung ist so ausgelegt, dass eine bestimmte Antwort heraus kommen soll. Wir haben hier schon einige male darüber gesprochen. Natürlich ist der Stadtrat für den Erlass von Satzungen zuständig und er sollte es auch bleiben. Völlig unabhängig davon ist, ob sich AÖR -Verwaltungsräte mit Satzungsrecht beschäftigen. Sie müssen es sogar, sie haben die Übersicht über die Folgen ihrer Entscheidungen. Sie müssen Leitlinien und grundsätzlich Vorgaben zu Papier bringen und auch gesetzliche Vorgaben bewerten. Ansonsten ist der AÖR-Verwaltungsrat komplett überflüssig. In WSF sind die Weichen durch den Verwaltungschef und von interessen- und verantwortungslosen Stadträten leider bereits anders gestellt. Man hat höchstwahrscheinlich noch nicht den neuen Satzungstext gelesen oder sich damit beschäftigt. Es heißt nur, der Verwaltungsrat gibt zu der von der Stadt WSF zu erlassenden Satzung eine Stellungnahme ab. Im Klartext: der OBM mit einem exklusiven Beraterstab wird im Alleingang, in Hinterstübchen sich was ausdenken und die Verwaltungsräte dürfen dazu Stellung nehmen. Sie dürfen es nicht ablehnen, keine Änderungen wünschen oder sich in sonst einer Form einbringen Sie dürfen, wie wir Bürger, rein gar nichts. Das ist gelebte Demokratie nach Art von Herrn Risch. Dazu passt, der §6a Abs. 2 (AÖR Satzung)...Jeder Einwohner darf zu Angelegenheiten der Anstalt Fragen stellen. Da Satzungen und alles was mit Geld zu tun hat nicht dazu gehört, bedeutet dies praktisch einen Maulkorb für uns Bürger. Es ist ein von langer Hand geplanter Anschlag auf das Demokratieverständnis und straft gegenteiligen Beteuerungen der Lüge. Leider geschieht alles unter maßgeblicher Mitwirkung von oberen Verwaltungsebenen bis hin ins Ministerium für Landwirtschaft u. Umwelt. Es sind also die denkbar schlechtesten Vorzeichen für den Runden Tisch am 12. 06. 2013.

In der vergangenen Woche hat sich zum ersten male der neue GF der AÖR mit einem Brief bei der BI gemeldet und auf einige offene Fragen geantwortet. Die gegebenen Antworten tragen allerdings nicht dazu bei unserer Skepsis gegenüber den vom OBM regelrecht inszenierten Ablauf für den Runden Tisch abzubauen. Es sieht ganz danach aus, dass Herr Dittmann sich bereits zu Beginn seiner Tätigkeit die Zügel für eigenständiges Arbeiten, Denken und Handeln aus der Hand nehmen lässt. Er hat so zu funktionieren, wie es der OBM und seine Auftraggeber wollen. Dazu einige Beispiele:

Zusammensetzung Runder Tisch

„Die AÖR wird die Interessen der Stadt vertreten, dazu gehören Bürger, Grundstückseigentümer, Gewerbe, Industrie und die BI.“

Die BI braucht keine Interessenvertretung, uns genügt der §1 der GO, d.h.

Verwaltungen und Räte sind für das Wohl der Bürger da. Nicht mehr und nicht weniger. Alles andere läuft auf Zugeständnisse an Gruppen hinaus, die am längeren Hebel (Geld) sitzen.

Membrantechnologie

Kein Pilotversuch, da im DWA Regelwerk enthalten.

Das spezielle WSFer Abwasser (Molkerei, Fleischwerk) mit großen Variationsbreiten wurde nicht getestet. Die Frage der BI nach Betriebskostensteigerungen (Chemikalieneinsatz, Reinigungsintervalle u. vorzeitigen Modulwechsel) soll nun in Verträge einfließen, erst nach Aufforderung?

Rechtsweg 70 : 30, Vorteilsprinzip

Es wird auf Erörterungen am Runden Tisch hingewiesen, leider kein Wort, dass man sich aktiv darum bemüht.

Gemeinsame Initiative von Bürgern, BI, AÖR und Stadtrat zur Herstellung von Rechtssicherheit (BVG Urteil zu Rückwirkungsverbot)

AÖR vertritt Risch – Ansicht, HKB Satzung wird nach „alten“ bestehenden Recht durchgesetzt, lange Rechtswege sind nicht Ziel führend, so Herr Dittmann.

Alle Initiativen im Landtag von S. A. und in anderen Bundesländer zu diesem Thema scheinen in WSF den AÖR GF und den OBM nicht zu interessieren. Solche „Pasta – Politik, nicht mit uns und nicht auf unsere Kosten!

Erweiterungsinvestition Kläranlage

Herr Dittmann sieht keinen Zeitverzug wie bisher die Frau Girnius. Die Frage nach Absicherung gegen Nachforderungsmanagement wurde nicht beantwortet. Es ist aber bekannt, auch Frau Girnius, dass eine von WSF beauftragte Firma mehr Rechtsanwälte als Ingenieure an Projekten arbeiten lässt.

Das also zu Thema Runder Tisch und ersten Auftritt von Herr Dittmann.

Der ganze Brief ist in den WSFer Seiten nachlesbar. Wir dürfen also auf keine Entspannung, Einsicht und Entgegenkommen beim Thema Abwasser hoffen. Hinter den Kulissen hat sich mit OBM und Verwaltungsapparate bis zum Minister eine Front etabliert, die uns mit allen zur Verfügung stehenden Tricks kalt stellen will. Hier können wir nur sagen: Wer Wind sät, der wird Sturm ernten. Wer es darauf anlegt seine Bürger auszubooten, zu brüskieren, der muss mit Gegenwehr rechnen. Ich denke, dazu sind wir alle bereit.

Ihr Vorstand der BI für soz. ger. Abwasserbeiträge